

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Europa und Eine Welt  
Herrn Patrick Kunz, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz



**BEVOLLMÄCHTIGTE  
DES LANDES BEIM BUND  
UND FÜR EUROPA  
UND MEDIEN**

**Staatssekretärin  
Heike Raab**

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

17. März 2022

<b>Mein Aktenzeichen</b>	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b>	<b>Telefon / Fax</b>
		Bénédicte Charbonnier benedicte.charbonnier@stk.rlp.de	06131 / 16 - 4732

## **5. Sitzung und 7. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 2. Dezember 2021 und am 8. März 2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß erfolgter Zusage im Rahmen der 5. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 2. Dezember 2021 lasse ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses im Hinblick auf die Vorlage 18-802 „EU-Hilfe für Polen bei der Verteidigung der EU-Außengrenze“ Informationen zum Einsatz von Frontex an der polnisch-belarussischen Grenze zukommen.

Im Nachgang der 7. Sitzung des Ausschusses am 8. März 2022 bezüglich der Vorlagen 18-1029 „Europaplan 2020“ und 18-1155 „Esch: Kulturhauptstadt Europas 2022 - Beteiligung von Rheinland-Pfalz?“ lasse ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses eine schriftliche Berichterstattung zukommen.

In Bezug auf die Zusage im Rahmen der Befassung mit den Vorlagen 18-1441 und 18-1443 während der 7. Sitzung am 8. März 2022 darf ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses mitteilen, dass über diese von der polnischen Regierung eingerichteten Plattform <https://pomagamukrainie.gov.pl/> Hilfe aus Polen für die Ukraine koordiniert

1/2

**Dienstszitz Mainz:**  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100  
Telefax 06131 / 164107

**Dienstszitz Berlin:**  
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz  
In den Ministergärten 6  
10117 Berlin

**Achtung: Neue Telefonnummer**  
Telefon 030 / 3743461100  
Telefax 030 / 3743461200

**Dienstszitz Brüssel:**  
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz  
60, Avenue de Tervueren  
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729  
Telefax 0032 / 27901333

werden kann. Die Seite wird auf Englisch, Polnisch und Ukrainisch betrieben (*Zugriff am 11.3.2022*).

Abschließend wurde das Land von seinen Partnern aus der Woiwodschaft Oppeln informiert, dass im sozialen Netzwerk „Facebook“ eine Gruppe mit den Namen „Opolskie dla Ukrainy“ existiert (*Zugriff am 11.3.2022*), die Hilfen für die Ukraine und Erfahrungsberichte von Hilfskräften erfasst.

Mit freundlichen Grüßen

  
Heike Raab

## 5. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 2. Dezember 2021

### Zahlenlage zum Einsatz von Frontex an der polnisch-belarussischen Grenze

#### **TOP 5: „EU-Hilfe für Polen bei der Verteidigung der EU-Außengrenze“**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

Vorlage 18-802

Frontex (\*2004) ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Die Agentur verfolgt drei strategische Ziele: Beseitigung von Schwachstellen an den Außengrenzen auf der Grundlage einer umfassenden Lageerfassung, Gewährleistung sicherer, geschützter und gut funktionierender EU-Grenzen sowie Planung und Aufrechterhaltung der Kapazitäten der Europäischen Grenz- und Küstenwache.

Frontex verfügt derzeit über ca. 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hauptquartier in Warschau. Sie sollen die polnischen Behörden bei den Kontrollen an den Außengrenzen unterstützen. Detaillierte Informationen zu den eingesetzten Kräften im Rahmen der Operationen im polnisch-belarussischen Grenzgebiet liegen der Landesregierung nicht vor, weil die polnischen Behörden Frontex-Mitarbeiter:innen ebenso wie humanitären Organisationen weiterhin keinen Zugang zum Grenzgebiet gewähren.

**Schriftlicher Bericht**

**TOP 10: Europaplan 2020**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der CDU  
Vorlage 18/1029

Der Europaplan Rheinland-Pfalz wird seit 2018 alle zwei Jahre erstellt und formuliert jeweils die aktuellen europapolitischen Prioritäten der Landesregierung. Im Moment arbeiten die Ressorts an der dritten Auflage, dem Europaplan 2022. Das Dokument dient dazu, Ansatzpunkte der europapolitischen Arbeit der Landesregierung über alle Ressorts hinweg zu benennen und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger über europapolitische Schwerpunkte zu informieren.

Der Europaplan 2020 gliedert sich in sieben Kapitel:

- Bildungsangebote für das Europa von morgen
- Innovative Wirtschaftspolitik – Industrie und Mittelstand stärken, Energiewende voranbringen
- Mobilität der Zukunft
- Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Innovationsmotor
- Europäischer Green Deal – eine neue Strategie für Klima- und Naturschutz
- Zukunft der Region – Chancen und Potenziale im ländlichen Raum
- Zusammenhalt in Europa

Im Kapitel „Bildungsangebote für das Europa von morgen“ unterstreicht die Landesregierung, wie wichtig die Förderung einer umfassenden staatsbürgerlichen und europapolitischen Bildung als Grundstein für die Akzeptanz von Demokratie und Toleranz bei jungen Menschen ist. Mit der Zertifizierung von mittlerweile 87 Europaschulen und der Schaffung eines entsprechenden Netzwerks hat das Land in den vergangenen Jahren

gezeigt, dass europäisches Engagement und Expertise gewürdigt und gefördert werden.

Die Staatskanzlei hat trotz der Pandemie an ihren europapolitischen Formaten, wie dem „Europapreis“ oder der „Europawoche“ festhalten können, die insbesondere Schulen und die Zivilgesellschaft adressieren. Die Durchführung europapolitischer Projekte war sichtlich erschwert, blieb aber durch viel Engagement und Flexibilität – aller Teilnehmer:innen, darunter z.B. einige Europaschulen – möglich.

Das Europahaus Marienberg als Begegnungsstätte musste die Schwerpunkte seiner Arbeit in den vergangenen beiden Jahren auf die Konzeption neuer pädagogischer Methoden verlegen, in denen innovative (digitale) Instrumente zum Tragen kamen.

In den Berichtszeitraum über den Europaplan 2020 fällt die positive Feststellung, dass Erasmus Plus im vergangenen Jahr eine Aufstockung erfahren hat. So können persönliche Begegnungen sowie gemeinsame Projekte für Schulen und Kitas verstärkt gefördert werden.

Der Qualischeck zur grenzüberschreitenden beruflichen Weiterbildung im Rahmen des ESF konnte ebenfalls im Berichtszeitraum weiter eingesetzt werden.

Im Bereich der von Erasmus Plus geförderten eTwinning Plattform für Lehrkräfte, Schulen und Projekte, an der das Land seit vielen Jahren erfolgreich teilnimmt, konnte in digitaler Form die Anbahnung von Projekten im 4er-Netzwerk stattfinden. Eine vier-tägige Präsenz-Veranstaltung wird im Mai 2022 in Bad Kreuznach durchgeführt.

Im Kontext des Kapitels „Innovative Wirtschaftspolitik – Industrie und Mittelstand stärken, Energiewende voranbringen“ des Europaplans 2020 lässt sich festhalten, dass in Rheinland-Pfalz Anfang 2022 eine Transformationsagentur ihre Arbeit aufgenommen hat, mit der eine nachhaltige Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt in vielen Bereichen gestaltet werden soll.

Sie wird auch im Hinblick auf die Erfüllung der Zielsetzungen aus dem European Green Deal Verbindungen in Rheinland-Pfalz zwischen Unternehmen und Forschungsstätten durch Cluster-Bildung, den Ausbau Erneuerbarer Energien (Windkraft, Biogas etc.),

den Ausbau der Kreislaufwirtschaft und die allgemeine Steigerung der Energieeffizienz dazu beitragen, dass der Begriff der Nachhaltigkeit weiter Konturen annimmt.

Die Landesregierung fördert zudem im Rahmen eines „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) zur Sicherung der Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ein Deutsch-Französisches Konsortium (ACC Co) am Standort Kaiserslautern. Das Konsortium investiert in der Westpfalz zwei Milliarden Euro, schafft rund 2.000 Arbeitsplätze und zielt auf die industrielle und international wettbewerbsfähige Großproduktion von Batteriezellen ab 2023 insbesondere für den europäischen Markt ab.

Eine weitere Zielsetzung aus dem Europaplan 2020 war es, mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die Innovationsfähigkeit rheinland-pfälzischer KMU zu fördern und ihre Wachstumsfähigkeit zu stärken. Das Programm „Innotop“ und der „Innovationsfonds Rheinland-Pfalz“ mit einem Gesamtvolumen von etwa 95 Mio. Euro stehen dafür als signifikante Beispiele. Darüber hinaus stehen KMUs aber auch andere Programmbestandteile zur Verfügung – etwa im Rahmen von Tourismus 4.0, des Wissenstransfers (*Innoprom*) oder durch die Förderung von Netzwerken und Kompetenzfeldern.

Ressourcen - und Energieeffizienz sind im Europaplan 2020 wichtige Kernthemen. Das Projekt „*Chancen für Unternehmen durch Energieeffizienz, Erneuerbare Energien & Klimaschutz*“ der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH wurde durch das Land gefördert und vom EFRE unterstützt. Damit wurden Projekte in den vergangenen beiden Jahren in Unternehmen gefördert, die existierende Potenziale zur Erhöhung der Ressourcen - und Energieeffizienz in ihren Betrieben besser nutzbar machen und infolgedessen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können.

Zudem ist die Erweiterung der „Energieagentur GmbH“ in eine „Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz GmbH“ geplant.

Das dritte Kapitel „Mobilität der Zukunft“ im Europaplan 2020 widmet sich den europäischen Förderprogrammen zum Ausbau des ÖPNV und SPNV (Schienen), wobei die Nutzung regenerativer Energiequellen, die Steigerung der Energieeffizienz von Fahrzeugen, die Digitalisierung im breiten Spektrum der Mobilität und das Ziel, Emissionen

zu verringern, im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang ist im Rahmen des Projektes „Entwicklung des grenzüberschreitenden Zuges Coradia Polyvalent“ im Interreg A-Programm „Oberrhein“ für durchgehende Verkehre mit trimodalen Fahrzeugen mit der Region Grand Est ein Förderantrag gestellt worden.

Des Weiteren wird mit den beteiligten Partnern an einem Tarif- und Vertriebskonzept für länderübergreifende Fahrten zwischen Deutschland und Frankreich gearbeitet. Mittel aus dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 sollen auch weiterhin für die Vorteile der europäischen, interregionalen und internationalen Zusammenarbeit genutzt werden. Deutschland stehen in der kommenden Förderperiode 2021-2027 für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Interreg A) EFRE-Mittel in Höhe von insgesamt 714 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen der innerdeutschen Mittelverteilung konnte Rheinland-Pfalz für Interreg A das gute Ergebnis der vorherigen Förderperiode sogar steigern und erhält 30 Mio. Euro EFRE-Mittel (vorher nur 25 Mio. € EFRE). Diese zusätzlichen Mittel wurden bereits den drei A-Programmen „Großregion“, „Oberrhein“ und „Maas-Rhein“ zugewiesen. Gemeinsam mit den EFRE-Mitteln der jeweiligen Programmpartner erreichen diese A-Programme ihre größten Förderbudgets seit Beginn der Interreg-Programme.

Auch für das transnationale Interreg B-Programm „Nordwesteuropa“ mit rheinland-pfälzischer Beteiligung konnte Rheinland-Pfalz in der innerdeutschen Mittelverhandlung ein gutes Ergebnis erzielen und den deutschen Beitrag für das Programm auf nunmehr 90 Mio. Euro EFRE aus dem EU-Haushalt steigern. Insgesamt hat das NWE-Programm damit trotz des Brexit-bedingten EFRE-Verlustes eine Gesamtmittelausstattung in Höhe von rund 310 Mio. € und ist damit im Vergleich, relativ gesehen, besser ausgestattet als in der Förderperiode 2014-2020.

Für das interregionale „Interreg Europe“ C-Programm, an dem auch Rheinland-Pfalz beteiligt ist, gilt, dass auch hier aufgrund von starken Interventionen von deutscher und rheinland-pfälzischer Seite, das Programm bestehen bleibt und sogar einen deutlichen Mittelaufwuchs auf nunmehr 379 Mio. € EFRE erfahren hat. Dies sind 20 Mio. € EFRE-Mittel mehr als in der laufenden Förderperiode.

„Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als Innovationsmotor“ im Europaplan 2020 ist die umfangreiche Thematik des vierten Kapitels, die weit oben auf der Agenda der

Kommission steht. Auch die Landesregierung hat in diesen Bereichen in den vergangenen beiden Jahren viele Fortschritte erzielen können: Dazu gehört die Verbesserung des Online-Zugangs zu Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen. Wichtige Herausforderung ist hierbei die Vermeidung eines Medienbruchs. Dafür wird auch die IT-Infrastruktur angepasst.

Eine erfolgreiche Digitalisierung ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität des ländlichen Raums. Das Land arbeitet im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen und stärkt die Kommunen, die mit seiner Umsetzung betraut sind. Im Rahmen des Bundesratsverfahren hat sich das Land mit starker Stimme und weiteren Partnern bei den Beratungen der EU-Richtlinien zum DSA (Digital Services Act) und zum AI-Act (KI) sowie in weiteren Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Auch unterstützt das Land die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz in der Beratung im Bereich „Digitales“. Beispielhaft sind Projekte zur Verbraucherbildung „Smart Surfer“ für die Generation 50+ und 65+, Schüler:innenworkshops zu Datenschutz/Datensouveränität gemeinsam mit dem LfDI (Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) sowie Web-Seminare und Erklärvideos etc. für unterschiedliche Zielgruppen.

Der flächendeckende Breitband- und Glasfaserausbau ist als Ziel im Europaplan 2020 formuliert. Es befinden sich derzeit 50 Projekte auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in der Umsetzung (weiße Flecken, 1.-6. Call / Sonderaufrufe) und die Landesregierung setzt sich mit verstärkter Bundesförderung dafür ein, dass der kommunale Finanzierungsanteil auf 10 Prozent begrenzt bleibt. 94,7 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz können auf Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zugreifen und 57,3 Prozent bereits auf 1 Gbit/s. Rheinland-Pfalz verfügt damit laut Breitbandatlas des Bundes über den zweithöchsten Zuwachswert in Deutschland. Die Landesregierung rückt neben der schon länger behandelten Schließung der sogenannten „weißen“ Flecken“ (Lücke Stadt-Land), indem die Landesförderrichtlinie auf bisher nicht förderfähige Gebiete ausgeweitet wird, die Schließung der „grauen“ Flecken (Versorgungslücken im städtischen Bereich) in den Fokus.

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Kernkompetenz in RLP. Mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und dem KI-Board der ZIRP ist das Land

gut aufgestellt. So soll durch KI unter anderem die Effizienz öffentlicher Verwaltung steigen. Es gibt mittlerweile eine landesweite Transparenzplattform und die Landesregierung arbeitet derzeit an einer Open-Data-Strategie, um diesen Bereich weiter voranzubringen. KI kann und soll auch im Dienste der grenzüberschreitenden Mobilität stehen, wie im Europaplan 2020 festgehalten, denn sie hat das Potenzial, Hürden im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel zu überwinden.

Die Regionale Innovationsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz, die um die KI erweitert wurde, ist eine grundlegende Voraussetzung für die Nutzung europäischer Fördermittel. Für die rheinland-pfälzischen KMU wurde das Programm zur „Förderung von Innovationsassistentinnen und –assistenten in kleinen und mittleren Unternehmen“ angepasst, damit ab sofort auch FuE- Projekte der KI grundsätzlich einbezogen werden können.

Das seit dem 1. Dezember 2021 geltende Telekommunikationsgesetz, das die Vorgaben des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation umsetzt, hat einen verbesserten Verbraucherschutz im Blick. Die neuen Vorgaben beziehen sich auf eine einfachere Lesbarkeit von Verträgen, Verbraucher:innen-freundlichere Regelungen bei automatischer Verlängerung und Änderung von Verträgen, Minderungsrecht, Entschädigungen und Möglichkeiten beim Anbieterwechsel.

Dem „Europäischer Green Deal – eine neue Strategie für Klima- und Naturschutz“ ist im Europaplan 2020 ein umfangreiches Kapitel gewidmet worden, das auch im neuen Europaplan 2022 engagiert fortgeschrieben werden wird.

Klima- und Naturschutz haben hohe Priorität auf der europäischen Agenda und sind gleichzeitig auch zentrale Schwerpunktthemen der Landesregierung: Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, die Anpassung der Wälder an den Klimawandel, die Verbesserung der Luftqualität und des Lärmschutzes- unterstützt durch Digitalangebote- sind im Europaplan 2020 aufgeführte europäische Politikziele, die die Landesregierung mit ihren Instrumenten unterstützt und derart im Koalitionsvertrag vom Mai 2021 verankert hat. Darunter fällt beispielsweise die Einhaltung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der öffentlichen Beschaffung. Auch die Landesverwaltung arbeitet aktiv an der Erreichung dieser Ziele mit, indem beispielsweise nachhaltige und lange Nutzungszeiten von IT-Produkten in internen Verwaltungsvorschriften festgelegt werden. Zur Vermeidung einer unwirtschaftlichen Produkt- und Typenvielfalt sorgt die Zentrale Beschaffungsstelle

für IT (ZBL-IT) im LDI im Zusammenwirken mit dem MASTD für eine Harmonisierung der einzelnen Bedarfe. Im MASTD ist zudem eine Verwaltungsvorschrift zur Nutzungsdauer von IT-Geräten in der Erarbeitung. Unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und funktionaler Erfordernisse werden dabei einheitliche Nutzungszeiten für IT-Geräte in der Landesverwaltung festgelegt.

Im Land hat im Jahr 2021 die Lenkungs- und Projektgruppe „Klimaneutrales Rheinland-Pfalz“ ihre Arbeit aufgenommen und der kommunale Klimapakt wird aktuell ausgearbeitet. Es wurde außerdem ein grenzüberschreitendes GreenTech-Innovationscluster Südwest ins Leben gerufen für das Management von Leitprojekten und grenzüberschreitenden Kooperationen in der Großregion.

Die Landesregierung gründete im August 2021 ein Projektkonsortium, das mit der Erstellung einer Wasserstoffstudie beauftragt wurde. Wirtschafts-, Klimaschutz-, und Gesundheitsministerium und relevante externe Akteure sind eng in die fachliche Begleitung der Studie über einen Projektbeirat eingebunden. Eine landeseigene Roadmap verhilft zur Entwicklung von konkreten Maßnahmen zum Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Eine Biodiversitätsstrategie des Landes gibt es seit 2015. Sie ist Grundlage für Projekte und Maßnahmen im Natur- und Artenschutz, wie z. B. die Programme „Aktion Grün“, sowie „Aktion Blau Plus“, die der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der europäischen Biodiversitätsstrategie dienen. Im Rahmen von „Aktion Blau Plus“ wurden seit 2011 bereits über 1.300 Gewässerrenaturierungsprojekte mit einer Gesamtlänge von mehr als 900 Kilometern umgesetzt.

Im Rahmen des ELER-Entwicklungsprogramms EULLE (Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung) wurden sowohl flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie der ökologische Landbau als auch Erhaltungs-, Wiederherstellungs- und Verbesserungsmaßnahmen von Gebieten mit hohem Naturschutzwert (Natura 2000 Gebiete) gefördert. Aufgrund der Verschiebung der Agrarreform wurde der Programmplanungszeitraum um die beiden Übergangsjahre 2021 und 2022 erweitert und das hohe Umweltniveau von rd. 48% bei der ELER-Mittelaufstockung (126,69 Mio. €) gesichert. Fördermöglichkeiten für innovative bzw. besonders ökologische landwirtschaftliche Techniken zur Unterstützung

der Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und Entwicklungen im Bereich des Umwelt- oder Tierschutzes wurden verbessert.

Das Kapitel über die „Zukunft der Region – Chancen und Potenziale im ländlichen Raum“ schließt die Themen: Wettbewerbsfähigkeit, Demografie, die Rolle der Gemeinsamen Agrarpolitik und die umfassende Digitalisierung ein. Regionale Kreisläufe (Wirtschaft, Ökologie, Beschaffung etc) aber auch der Ausbau von touristischen Angeboten im Land sind Bereiche, in denen die weitere Entwicklung des ländlichen Raums im Land angestoßen wurde.

Fragen rund um die Demografie beschäftigen das Land und auch die Partner:innen jenseits der Landesgrenzen. Daher wurde 2018 das Interreg A-Projekt „SeniorActiv“ mit Partnern aus Rheinland-Pfalz, Lothringen, Saarland, Wallonien und Luxemburg grenzüberschreitend an der Erprobung von Maßnahmen im Bereich des guten Alterns gestartet. Inhaltlich dreht es sich u.a. um Einsamkeit im Alter, die Vernetzung von Fachkräften im Pflegesektor, sowie die Unterstützung pflegender Angehöriger. Mit dem Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier als Projektpartner findet dazu im Rahmen der Demografiestrategie ein Austausch statt. Im Berichtszeitraum des Europaplan 2020 standen die demografischen Herausforderungen auch im Oberrhein weiterhin im Fokus z. B. im Rahmen des Seniorennetzwerks Pamina e.V.. Es engagiert sich für die Mitwirkung der Senioren bei gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen, unterstützt Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene, fördert grenzüberschreitende Kontakte von Senioren und unterstützt die intergenerationelle Zusammenarbeit. Im Oberrhein wurde ein Expertenausschuss "Gesundheitsversorgung" eingerichtet, der einen Austausch über die altersspezifischen Angebote in den Nachbarländern in Gesundheit und Pflege (hier ist die Schweiz Vorreiter) ermöglicht. Grenzüberschreitend werden auch immer wieder Informationen über das jeweilige Versorgungsangebot im Nachbarland abgefragt. Schließlich werden die vier Beratungsstellen "Infobest" am Oberrhein (darunter "unser" PAMINA in Lauterbourg) auch regelmäßig im Rahmen niedrigschwelliger Informationsangebote z. B. im Hinblick auf Altersniederlassung im Nachbarland angefragt.

Der Europaplan 2020 geht in diesem Kapitel auch auf die Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung insbesondere im ländlichen Raum ein. Hier sind ebenfalls mehrere Initiativen zu nennen:

Rheinland-Pfalz übernimmt die Kofinanzierung von Projekten im Rahmen des Krankenhauszukunftsfonds in voller Höhe (30 %), sodass den Krankenhäusern kein Eigenanteil verbleibt. Dadurch stehen den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern kurzfristig rund 200 Mio. Euro zu Verfügung, um insbesondere innovative digitale Lösungen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung umzusetzen. Hierzu gehören beispielsweise KI-gestützte Entscheidungsunterstützungssysteme, digitales Medikationsmanagement, digitale Pflege- und Behandlungsdokumentation, Telemedizin, Patientenportale, u.a. für zusätzliche Transparenz gegenüber den Patienten.

In der Notfallversorgung führt Rheinland-Pfalz die digitale Vorankündigung für Notfallpatienten für die angesteuerten Krankenhäuser ein. In der Schlaganfallversorgung bieten im telemedizinischen Schlaganfallnetzwerk RLP (TEMES) überregionale Schlaganfalleinheiten (Stroke Units) teleneurologische Konsile für weniger spezialisierte Krankenhäuser an.

Im Rahmen des Entwicklungsprogramms EULLE wurde der LEADER-Ansatz für die Jahre 2021 und 2022 finanziell gestärkt und in 2021 das Verfahren zur Auswahl der neuen LEADER-Regionen für die Förderperiode ab 2023 gestartet. Auch die neu eingeführte Förderung kleiner Infrastrukturen, insbesondere von Radwegen/Pendlerrouuten, verbessert stetig die Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen und wurde für die Jahre 2021 und 2022 ausgebaut.

Das letzte Kapitel des Europaplans 2022 bezieht sich auf „Zusammenhalt in Europa“ und umfasst verschiedene Themengebiete, wie die Europäische Säule Sozialer Rechte, die europäische Asylpolitik, die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige sowie die Inklusion. Im Berichtszeitraum konnten im Hinblick auf diese Richtlinie die niedrigschwelligen Angebote zur Unterstützung im Alltag für pflegebedürftige Menschen auf derzeit 850 bis 900 annähernd verdoppelt werden. Ein weiterer Ausbau ist angestrebt. Dabei soll die Beratungs- und Kümmererstruktur Gemeindeschwester<sup>plus</sup> – ein

präventives Angebot für die vulnerable Gruppe Hochaltriger – bis 2026 im Land ausgeweitet werden. Des Weiteren sieht die Richtlinie im Wesentlichen Verbesserungen im Arbeitsrecht, wie Vaterschaftsurlaub, Elternurlaub, Urlaub für pflegende Angehörige u.ä. vor. Diese Regelungen müssen auf Bundesebene umgesetzt werden und sind auch schon teilweise umgesetzt.

Das dritte Element der Europäischen Säule Sozialer Rechte sieht die besondere Unterstützung von Kindern vor. Vor diesem Hintergrund hat das Sozialministerium ein Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut initiiert. Im Geschäftsbereich des MFFKI existiert darüber hinaus ein Förderprogramm „Prävention von Armutsfolgen“ welches sich an die rheinland-pfälzischen „*Häuser der Familie*“ richtet. Es ist geplant, das Programm weiter fortzuführen. Im Koalitionsvertrag des Bundes ist die Einführung einer Kindergrundsicherung vorgesehen. Wichtige Vorarbeiten zur Einführung einer Kindergrundsicherung hat eine 2017 von der ASMK eingesetzte Arbeitsgruppe geleistet, die auch unter Beteiligung von Rheinland-Pfalz getagt hat.

Trotz der pandemischen Herausforderungen in den vergangenen beiden Jahren konnten die im Europaplan 2020 formulierten Zielsetzungen entweder bereits umgesetzt werden oder sie befinden sich in der aktiven Phase ihrer Umsetzung.

## 7. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 8. März 2022

### Schriftlicher Bericht

#### **TOP 12: „Esch: Kulturhauptstadt Europas 2022 - Beteiligung von Rheinland-Pfalz?“**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der AfD  
Vorlage 18/1155

Im Jahr 2022 wird Esch-Alzette, die zweitgrößte Stadt Luxemburgs, zusammen mit den 10 Luxemburger Gemeinden des Verbands Pro-Sud sowie den 8 französischen Gemeinden der „Communauté de Communes Pays Haut Val d'Alzette“ (CCPHVA) den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt tragen.

„Esch2022“ teilt sich diesen Titel mit den Partnerstädten Kaunas, der zweitgrößten Stadt Litauens sowie Novi Sad, der zweitgrößten Stadt Serbiens.

In der luxemburgischen Kulturhauptstadt Esch wird unter dem Motto „Remix Culture“ ab 26. Februar die Geschichte einer Region erzählt. Rund 160 Projekte mit mehr als 2.000 Events sind es, die die Stadt im Süden Luxemburgs zusammen mit Gemeinden im angrenzenden Frankreich teils grenzüberschreitend plant. Thematisch geht es um das, was die Region eint: Eine gemeinsame industrielle Geschichte rund um Erz und Stahl, die kulturelle Vielfalt - und Visionen für ein grenzenloses Europa. Durch das „Remixen“ in verschiedenen Kategorien (Kunst, Europa, Natur) soll Neues entstehen und – vor allem – die Öffentlichkeit zum Mitmachen bewegt werden.

Gemeinsame Fragen der Kunst und Kultur koordinieren die Regionen der Großregion insbesondere im Rahmen ihrer Arbeitsgruppe für Kultur. Diese hat sich nicht zuletzt zum Ziel gesetzt, mit konkreten Maßnahmen den grenzüberschreitenden Dialog zwischen Kulturschaffenden zu stärken und zu strukturieren. In der AG Kultur ist auch

das rheinland-pfälzische Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration vertreten.

In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise ein umfassendes Online-Angebot für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen geschaffen. Diese finden dort Hinweise zur Kulturarbeit in der Großregion insgesamt, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zur Umsetzung grenzüberschreitender Projekte sowie Hinweise zu Netzwerken und verschiedenen Datenbanken, über die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den einzelnen Regionen ausgewiesen sind. Hier bringen sich auch Kultureinrichtungen und Kulturschaffende aus Rheinland-Pfalz aktiv ein. Über aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen können sich Interessenten zudem über einen Newsletter informieren lassen.

Das Gipfelsekretariat der Großregion, das seine Büros im Haus der Großregion in Esch hat, und ebenso die AG Kultur informieren über ihre Internetseiten und weitere Kanäle aktuell auch über die Kulturhauptstadt-Aktivitäten in Esch, die einen Schwerpunkt der derzeitigen französischen Präsidentschaft bilden.

Verbunden mit der Kulturhauptstadt sind Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler aus Rheinland-Pfalz dabei nicht erst seit diesem Jahr. Beispiele hierfür sind verschiedene Gastspiele des Staatstheaters Mainz oder Auftritte der Trierer Tänzerin Hannah Ma beim Escher Theater in den vergangenen Jahren.